

PRO Rheinbrücke



Herausgeber: SPD-Kreisverband Germersheim
SPD Unterbezirk Südpfalz
Oktober 2011

Sachlich bleiben!

Kein Populismus auf Kosten der Menschen!

ist
Fakten

- Die SPD-geführte Landesregierung hat sich konsequent für die zweite Rheinbrücke bei Wörth eingesetzt!
- Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat das erforderliche Raum-Ordnungsverfahren (ROV) durchgeführt.
- Die CDU hat sich auf rheinland-pfälzischer Seite gegen das ROV ausgesprochen und damit die Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens aufs Spiel setzen wollen.
- Derzeit werden die Einwendungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens auf beiden Seiten des Rheines bearbeitet und die Erörterungstermine vorbereitet.
- Das Land Baden-Württemberg ist Herr des Verfahrens.
- Staatssekretärin Splett von der jetzigen grün-roten Regierung wird jetzt im November wegen des fehlenden ROV in Baden-Württemberg einen so genannten Faktencheck durchführen.
- Nicht die Brücke ist das Problem für die Gegner, sondern die damit verbundenen ungelöste Weiterführung des Verkehrs auf badischer Seite.
- Das Bundesverkehrsministerium muss die Finanzierung leisten. Aber: Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CDU) erklärte vor Wochen öffentlich, dass er kein Geld für Neubaumaßnahmen hat.
- Nur eine gesicherte Finanzierung erhält den Einigungsdruck für den Rheinbrückenbau aufrecht.
- Die südpfälzische SPD suchte in diversen Gesprächen den Kontakt mit den Kollegen auf der anderen Rheinseite.
- Fazit: Für uns heißt verantwortungsvolle Politik, die politische Lösung und nicht die (populistische) politische Konfrontation zu suchen.



Originalzitate

aus der Plenarsitzung
im Mainzer Landtag
vom 20. Oktober 2011



Barbara Schleicher-Rothmund:

„Sie wissen, dass ich eine Anhängerin der zweiten Rheinbrücke bin. Davon rücke ich auch keinen Millimeter ab.“

Ministerpräsident Kurt Beck:

“Es war kein Zufall, dass es die baden-württembergische Seite bei grundsätzlicher Zustimmung ich rede jetzt von den früheren Regierungen - vermieden hat, ein entsprechendes raumplanerisches Verfahren auf den Weg zu bringen; denn wir alle wissen, die Fehler sind gemacht worden. Sie sind gemacht worden, weil in Karlsruhe und um Karlsruhe herum keine Trassen freigehalten worden sind, man alle denkbaren Trassen zugebaut hat und insoweit jetzt immer mit Menschen und deren Lärmsorgen und Belastungsorgen in Konflikt kommt.“

“Wir haben heute in Karlsruhe objektiv ein riesiges Problem, der Notwendigkeit einer verbesserten Rheinquerung Rechnung zu tragen. Insoweit hat es auch überhaupt nichts mit der neuen Regierung zu tun.“

“Ich bin nicht für ein Ausweichen, sondern ich bin für ein Vorantreiben mit aller Kraft.“

“Wir werden am 27. November eine gemeinsame Kabinettsitzung haben, und selbstverständlich steht auch dieses Thema auf der Tagesordnung.“

“Aber nachdem wir auf baden-württembergischer Seite noch nicht so weit sind - dort liegt die Verantwortung für die Planung und den Bau dieser Brücke -, ist es ein Gebot der Vernunft, dass wir erneut mit dem jetzigen Bundesverkehrsminister Kontakt aufnehmen und ihn bitten, im Zusammenhang mit der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes diese Brücke in die entsprechenden Bedarfprioritäten hineinzunehmen; denn ansonsten bekommen wir eine zeitliche Verzögerung, die zwangsläufig, weil in Baden-Württemberg nicht gehandelt worden ist, zu Problemen führen könnte, sodass die Nutzung wegen Verschleißerscheinungen der jetzigen Brücke infrage gestellt wäre und wir dann nicht rechtzeitig Alternativen anbieten könnten. Diese Gespräche werden wir führen. Wir werden sie auch nicht zum ersten Mal führen.“